

**Konrad Adam, *Staat machen – warum die neue Mitte keine ist und wir die alte Mitte brauchen.* Berlin 1999, Siedler Verlag, 160 Seiten, 29,80 DM.**

Das Buch kommt mit einem bombastischen Titel daher und hat zugleich einen sehr aktuellen Bezug: Die Frage nach der alten wie der neuen Mitte ist für Konrad Adam auch die Frage nach der Verfassung des Staates und denjenigen Personen wie Institutionen, die ihn machen.

Der unmittelbare Anlass einer ersten Zwischenbilanz der Arbeit einer neuen Regierung nach einem spektakulären Machtwechsel verbindet sich mit einer gründlichen, kritischen und durchaus eindrucksvollen Bestandsaufnahme der Lage der Nation fünfzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und zehn Jahre nach Überwindung ihrer Teilung.

Der Verlust an Politik, die Wiederherstellung verloren gegangener Ansprüche der Verfassung, die Renaissance des Bürgers als Souverän sind Adams besondere Anliegen. Der Ersetzung der Politik durch Inszenierung, der Debatte durch Indoktrination sowie der ernsthaften Auseinandersetzung

durch seichte Talkshows sagt er den Kampf an. Dabei sind die aktuellen politischen Irrtümer und Unfälle von den verzweifelten Neuregelungen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und anderer übereilter Korrekturen der Sozialversicherungen, den nicht hinreichend durchdachten Änderungsabsichten im Staatsangehörigkeitsrecht bis zu den Verirrungen der Parteienfinanzierung nicht der eigentliche Gegenstand seiner Analyse, wohl aber die zeitnahe Illustration aktueller politischer Verhältnisse.

### gelesen

Weder für die neue Regierung ist sein Befund schmeichelhaft noch für die neue Opposition, der Konrad Adam zwar mit erkennbar größerer Sympathie, aber ebenso erkennbar mit begrenzten Erwartungen an die Umsetzung ihrer eigentlichen Aufgaben begegnet. Der Autor vermutet, dass die Union ihre neue Rolle noch gar nicht recht begriffen habe; ihre eigentliche politische Chance bestünde darin, die alte Mitte zu revitalisieren, da die neue Mitte keine sei.

Die Politik müsse den Bürger wieder in seine originären Rechte einsetzen und

den Staat auf die unverzichtbaren Funktionen beschränken und diese allerdings verstärken, da er sie jenseits landläufiger Irrlehren von „Etatisten“ und „Marktradikalen“ wahrnehmen muss. Dies erläutert Adam an wenigen, für ihn zentralen Politikfeldern wie der Stellung der Familie, der Bedeutung von Bildung und Wissenschaft, dem europäischen Integrationsprozess und der (Fehl-)Entwicklung des Parteienstaates. Dabei erlaubt er sich manche Vereinfachungen und gelegentliche Übertreibungen zur Verdeutlichung seiner Kritik, aber die von ihm behandelten Probleme sind nicht frei erfunden und ganz gewiss auch nicht irrelevant. Dies gilt sowohl für die materiellen wie die immateriellen Merkmale unseres Wohlfahrtsstaates, den Konrad Adam nicht zum ersten Mal einer Fundamentalkritik unterzieht: „Die Lehre, dass er zu weit gegangen ist und endlich mit dem Rückzug beginnen muss, will der Wohlfahrtsstaat aber nicht ziehen.“ Naturgemäß ist nicht alles neu, was Adam beschreibt, aber manches lohnt neu entdeckt und politisch aufgegriffen zu werden. Dazu gehört gewiss die Wiederherstellung der Stellung der Familie und ihrer

Bedeutung sowohl für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme als auch und ganz besonders für den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft, die „unter den Imperativen des Produzierens und des Konsumierens . . . die Menschen gerade nicht zusammen, sondern auseinander“ führe. Dieser allzu lange verdrängten Einsicht habe erst das Verfassungsgericht mit seinen ausdrücklichen Regelungsaufgaben an den Gesetzgeber wieder Geltung verschaffen müssen. Gegenüber einer konzeptionslosen, in ihren politischen Ori-

entierungen zunehmend beliebigen Regierung drohe die „durch die selbstgefällige Personalpolitik Helmut Kohls erschöpfte Union“ den Anschluss zu verpassen. Eine Chance, wieder Profil und damit Wahlen zu gewinnen, habe sie „vielleicht als radikaler Anwalt der bürgerlichen Freiheit. Wenn sie Bürgernähe dadurch beweist, dass sie sich angesichts des wachsenden Abstandes zwischen Staat und Gesellschaft konsequent auf die Seite der Bürger schlägt, könnte sie gewinnen. Und wenn sie die Wähler als Bürger anspricht,

die eine Vorstellung vom Ganzen haben, nicht als einzelne Anspruchsberechtigte.“

Der Band ist so schmal, wie Konrad Adam sich seinen Staat vorstellt: nicht voluminös, sondern wichtig und auf das Wesentliche beschränkt – mehr als ein Merkblatt für ein Millennium, das in willkommenem Kontrast zu zahllosen anderen Publikationen nicht einmal als Begriff im Text vorkommt, aber ein leidenschaftliches Plädoyer für eine politische Zeitenwende, die er für überfällig hält.

Norbert Lammert

### Infektiös

*„Die Betrachtung mehrerer Sachverhalte lässt ein durchgängiges Muster im Verhältnis von WestLB und Landesregierung erkennen: Aktivitäten, die bei Publizität kritisch bewertet würden und sogar rechtlich ohne Legitimation wären, werden auf die WestLB zur zumindest vorläufigen Kostentragung verschoben; damit sind sie sowohl der vorgängigen parlamentarischen Kontrolle bei der Aufstellung des Haushalts wie auch der nachgängigen Kontrolle des Parlaments auf der Grundlage der Rechnungsprüfung des Rechnungshofes genauso entzogen wie der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit [...] In solcher Situation der Verbundenheit im Diffusen mögen sich günstige Ergebnisse leichter erzielen lassen als in einer Lage, in der beide Seiten auf die nötige Distanz zueinander geachtet haben. Diese Diffusitäten haben etwas Infektiöses an sich: Sie zerstören die rechtlich unabdingbare Distanz zwischen operativer Verantwortung des Vorstandes und den gesetzlich begrenzten steuernden und kontrollierenden Einwirkungsmöglichkeiten des Muttergemeinwesens. Darin steckt vermutlich kein auf die WestLB begrenztes Problem, sondern ein generelles und strukturelles bei der Steuerung des Sektors öffentlicher Unternehmen in der parteienstaatlichen Demokratie.“*

(Wolfgang Löwer am 13. März 2000 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung)